

Konfrontation mit der Kriegswirklichkeit: Bosnien-Reise der Vorstände von Bundestagsfraktion und Partei von Bündnis 90/Die Grünen im Oktober 1996

Winni Nachtwei, MdB (November 1996)

Vom 20.-25. Oktober 1996 besuchten die Vorstände von Bundestagsfraktion und Partei Bündnis 90/Die Grünen Bosnien-Herzegowina. Zur 18-köpfigen Delegation gehörten Kerstin Müller, Joschka Fischer, Krista Sager, Jürgen Trittin, Marieluise Beck, Gerd Poppe, Werner Schulz, Uli Fischer. Achim Schmillen, ich und Journalisten von SZ, FR, Spiegel und Focus sowie Erich Rathfelder (taz). Stationen der Reise waren Zagreb, Split und Trogir, Mostar, Sarajevo, Tuzla und Banja Luka. Es war die erste Reise dieser Art seitens einer deutschen Partei durch Bosnien.

„Ziel der Reise war, vor Ort Stand und Perspektiven des Friedensprozesses in Bosnien zu erkunden und dabei auch die bisherigen eigenen Positionen selbstkritisch zu überprüfen. Die öffentliche Wiedergabe unserer Reiseeindrücke durch die Medien war zu Teilen extrem interessengeleitet: fixiert auf die Pazifismus-Militärfrage und die Konfliktthemen, ignorant gegenüber der Mehrheit unserer Konsenspunkte, die elementar sind für eine wirklich friedensfördernde Politik gegenüber/in Ex-Jugoslawien.

Angesichts der enttäuschenden Tatsache, dass die Reise schon wieder für innerparteiliche Machtkämpfe instrumentalisiert wird, ist es umso notwendiger, zunächst mal unsere Erfahrungen ungeschminkt zu benennen und zur Diskussion zu stellen. Darauf haben die FraktionskollegInnen, haben die Mitglieder unserer Partei, haben die Freundinnen in den Friedens- und Solidaritätsgruppen zu aller erst Anspruch.

Für die Mehrheit der Delegation - auch für mich - war es der erste Besuch im bosnischen Kriegsgebiet.

Das Ausmaß und vor allem die Intensität der **Zerstörungen** ist schockierend. Die toten Obstplantagen von Mostar, die zerhackten und enthaupteten Häuser, die zerschossenen und ausgebrannten Hochhäuser von Sarajewo, das auf dem Präsentierteller unter den Geschützen, Mörsern und Scharfschützen der serbischen Belagerer lag - Zeichen für die hartnäckige Zerstörungswut im Krieg und die Wehrlosigkeit der angegriffenen Bosniaken.

Am Hang über Sarajewo und beim Bischof von Banja Luka, dem großen Humanisten, fühle ich es am eindringlichsten: die Scham darüber, wie unzureichend unsere Solidarität, die Solidarität Europas mit den Angegriffenen gewesen war. (Solidarität verstehe ich umfassend politisch, nicht reduziert aufs Militärische) Gegenüber den Überlebenden wagt es kaum jemand, bündnisgrüne Einwände gegen die NATO- und Bundeswehr-Einsätze aus den letzten Jahren zur Sprache zu bringen.

Auszug aus den Reisenotizen:

„Mit Iliza erreichen wir den ersten Vorort von Sarajevo. Hier ist alles zerstört, Wohnhäuser, Geschäfte, Betriebe, alles – wüst.

Sarajevo ist wirklich eine Großstadt mit etlichen Hochhäusern bis ca. 20 Stockwerken. Die meisten sind vom 5./6. Stock an großflächig zerrissen, durchsichtig, gelöchert, geschwärzt, verbogene Träger, Glaszacken, wehender Vorhang.

Durch den früher serbisch kontrollierten Stadtteil Grbavica auf eine Straße am Hang, wo Sarajevo`s Altstadt zu unseren Füßen liegt, Moscheen, Kirchen, Synagogen. Vom Hang oberhalb dieser Straße schossen serbische Geschütze, Mörser, Panzer wie sie wollten in die Stadt hinein. Sarajevo auf dem Präsentierteller, wehrlos in der Mausefalle – und das drei Jahre lang!

Hier packt es mich: Schmerz, Scham ...

Joschka stichelt gegen Kerstin: Da hätten Zollbeamte sicher was geholfen, mit Zollstock ...

Später sagt er mir, dass er sich hier geschämt habe, nicht eher für's Eingreifen gewesen zu sein. Das solle ihm nicht wieder passieren.

Unten die völlig ausgebrannte Nationalbibliothek. In der Altstadt der kleine Markt, wo die verheerende Granate explodierte.

(...)

In Banja Luka Gespräch mit dem katholischen Bischof Franjo Komarica, der uns sehr freundlich begrüßt.

Als er die Tragödie mit dem „Verlust des Glaubens“ begründet, ist er mir noch so ein Glaubensfixierter. Aber angesichts seines Glaubensverständnisses kann ich ihm dann besser folgen. Europa „segnete die Tragödie“. „Prinzipien traten hinter Interessen zurück. Wir leisten unerbittliche Arbeit von Versöhnung, Versöhnung, Versöhnung und Wiederaufbau.

Feinde zu lieben, ist gar nicht so einfach. Wir haben geschrien: keine Waffen, keine Waffen! Was ist das um Gottes willen! Unsere Schreie stießen auf taube Ohren! Ihr habt das zugelassen, diesen Neofaschismus. Warum habt ihr das zugelassen?“ Joschka nennt Gründe, warum wir jahrelang gegen militärisches Eingreifen waren. Jürgen schweigt. „Was könnt Ihr Großen uns sagen?“ Jedes Wort kommt mir gegenüber diesem herzlichen, inbrünstigen, verzweifelten, starken Menschen so flach und billig vor.

„Ich will noch in der Dunkelheit eine Kerze anzünden! Das Gesetz des Dschungels ist erkennbar in Europa. Das macht mir Sorgen. Ich flehe Euch an: Verhindert das andere Bosnien in Europa!“ Die letzten Gespräche waren für uns schon Routine.

Jetzt sind wir im Bann, im Innersten angesprochen, gepackt, aufgewühlt. Jeden von uns sieht er beim Reden intensiv und einzeln, nicht flüchtig an.

Mir steigen die Gefühle die Brust hoch in die Augen, auch andere können die Tränen kaum halten. Diese Dreiviertelstunde ist der zusammenfassende Höhepunkt unserer Reise.“

Die Süddeutsche Zeitung berichtete in ihrer Reportage zur Grünen-Bosnien-Reise über dieses Zusammentreffen als das „Gelöbnis von Banja Luka“. (SZ 28.10.1996)

Alle Bosnien-Erfahrenen sagen: Beim **materiellen Wiederaufbau**, bei der Wiederherstellung von Infrastruktur und Wohnungen sind enorme Fortschritte gemacht worden. Es wird angepackt. Die Realität der **ethnischen Teilung** des Landes und der notorischen **Nichtkooperation** derjenigen, die weiter an der Macht sind und in der Regel nur durch internationalen Druck an einen Tisch gebracht werden. Die Föderation existiert bisher nur auf dem Papier, manches Ministerium nur aus Minister, Stellvertreter und Hausmeister. Zum Beispiel das gemeinsame Telefonnetz. Es ließe sich binnen zwei Tagen bewerkstelligen, die Verhandlungen laufen aber seit acht Monaten. Grund: Man will die jeweiligen Telefonnetze als Kommunikationsnetze für einen neuen Krieg-vorhalten.

Die nicht wenigen mutigen, aber noch machtlosen **nicht-nationalistischen Personen und Gruppen**: von der unabhängigen Zeitung Oslobodenje über die Bürgerforen, in der 120.000-Einwohner-Stadt Tuzla mit 15.000 registrierten Mitgliedern (landesweit im Alternativen Bürgerparlament zusammenarbeitend), bis zu den Oppositionsparteien im Pale-Parlament; bewundernswert ausdauernde europäische Akteure wie z.B. bei der bisherigen WEU-Polizei in Mostar oder die Leute des Balkan Peace Team. Hoch angesehen sind hier Marieluise Beck und Gerd Poppe wegen ihres unermüdlichen Engagements für die Opfer und die multiethnischen Gruppen während des Krieges.

Die **Bundeswehr** präsentiert sich bei dieser ersten so hochrangigen Begegnung mit den Bündnisgrünen selbstbewußt, locker, kommunikativ und ziemlich perfekt, von altdeutschem Militarismus keine Spur, voll angekommen in der Rolle des "Schützers, Helfers, Retters". Die

- vor allem im internationalen Vergleich - auffällige "Zivilität" der Bundeswehroffiziere ist für solche Delegationsteilnehmerinnen eine positive Überraschung, die bisher fast gar nicht mit Bundeswehrangehörigen zu tun hatten. Für mich ist es eine Seite der realen Bundeswehr, aber längst nicht die ganze, und erst recht nicht ihre Entwicklungsperspektive.

Die enorme **Diskrepanz zwischen den militärischen und zivilen Instrumenten** und Bemühungen: Das Militär ist für die Aufgabe des Auseinanderhaltens der Kriegsparteien gut ausgestattet und agiert dabei trotz sehr multinationaler Zusammensetzung einheitlich. Die Instrumente der zivilen Implementierung, des materiellen und institutionellen Wiederaufbaus sowie die nicht erzwingbare Zusammenführung der Gruppen und Menschen sind oft unkoordiniert, schwerfällig (EU und Weltbank), unzureichend ausgestattet und ausgebildet. Die International Police Task Force hat z.B. nur eine beratende Funktion, ihr Aufbau läuft schleppend.

Die Verseuchung des Landes mit **Minen** ist großflächig und äußerst heimtückisch. IFOR räumte bisher nur die eigenen Verbindungswege, für die Flächenräumung ist "die" zivile Seite zuständig. Das Fehlen einer mit allen Beteiligten abgestimmten Strategie, unzureichende personelle Ausstattung sowie Finanzierungslücken behindern die Aufnahme umfassender Minenräumaktionen.

Die **Rüstungskontrolle** kommt nur mühsam voran. Alle Seiten wollen unbedingt alle Möglichkeiten der vereinbarten Obergrenzen ausschöpfen, "underreporting" (falsche Datenmeldungen) sind an der Tagesordnung. In Konkurrenz zu islamischen Staaten fördern die USA im Rahmen ihres "train & equipment"-Programms den Aufbau der bosnischen Armee. Die Bundeswehr leistet Ausbildungshilfen in den Bereichen Sanitätswesen, Kampfmittelräumung und -beseitigung, Rüstungskontrolle, Search & Rescue, Innere Führung. **Europa** sei nach Aussage verschiedener Gesprächspartner trotz seines real hohen Engagements recht wenig angesehen, die USA hingegen wegen ihrer dynamischen Politik und ihres Militärpotentials am meisten. Die zweithöchsten Erwartungen richteten sich auf Deutschland. Schon angesichts der Tatsache, dass z.B. britische IFOR-Soldaten ihren Sold in DM ausbezahlt bekommen, liegt diese Erwartung nahe.

Erste Schlussfolgerungen

1. An der **multiethnischen Perspektive** muss unbedingt festgehalten werden. Auch wenn es streckenweise aussichtslos erscheint: Ein "Realismus", der sich mit der heutigen Dominanz nationalistischen Gruppdenkens abfindet und die Dreiteilung absegnet, hätte real verheerende Folgen. Neue Vertreibungen, blutige Grenzen, ein Gazastreifen in Europa, Ermutigung für alle nationalistisch Kräfte in Europa, die auf ethnische Separierung und "Säuberung" setzen. Es wäre ein Verrat an den multiethnischen und multikulturellen Menschen und Gruppen, die es wahrhaftig noch gibt und die Zeit brauchen. Angesichts der vielen offenen Wunden und Rechnungen, angesichts der Vorherrschaft der "alten Köpfe" wird der Friedensprozess auch innerhalb des zweiten Jahres nach Dayton noch nicht selbsttragend werden können. Bosnien braucht das europäische Engagement noch über Jahre!

2. Eine massenweise und zwangsweise Abschiebung der **Flüchtlinge** in den nächsten Monaten würde nach eindeutiger Aussage aller GesprächspartnerInnen die glimmende Kriegsglut wieder anfachen! Die Flüchtlinge, die beim Wiederaufbau schon wegen ihrer Altersstruktur und Ausbildung gebraucht werden, können nur zurück, wenn ihre Sicherheit in ihren Herkunftsorten gewährleistet und Wohnraum und ein entmintes Umfeld zur Verfügung stehen. Solche Rückkehrbedingungen gibt es fast nirgendwo. Insofern fällt der Beschluss der Innenminister-Konferenz und die Position von Innenminister Kanther allen Friedensbemühungen in den Rücken!

3. Der **Wiederaufbau von Infrastruktur und Wohnungen** ist beschleunigt fortzuführen, die Entminung endlich im großen Stil voranzubringen. Wie allerdings angesichts der früheren sozialistischen Wirtschaft und der Dominanz billiger Importwaren ein eigener produzierender Sektor entstehen soll, steht in den Sternen.

4. Am wichtigsten für einen irgendwann selbst tragenden Friedensprozess, aber auch am schwierigsten ist die Aufgabe, die **ethnischen Gruppen wieder zusammenzuführen**, funktionierende gemeinsame Institutionen zu schaffen und die Grenzen zwischen den Gebieten und Gruppen durchlässiger zu machen.

Dafür ist die Stärkung der nicht-nationalistischen und demokratischen Kräfte von strategischer Bedeutung!

Flexibler Einsatz der wirtschaftlichen Wiederaufbauhilfe, Unterstützung unabhängiger Medien, Engagement der Stiftungen, Einsatz von Fachleuten des schleunigst aufzubauenden Zivilen Friedensdienst zur Unterstützung einheimischer Projekte... sind die elementaren Ansatzpunkte. Hier sind die Bundesregierung und die EU, die Parteien und gesellschaftlichen Kräfte, NGO's und Friedensgruppen ganz anders gefordert!

Wir Bündnisgrünen müssen unsere andauernden Bekenntnisse zur zivilen Konfliktbearbeitung ganz anders in die Tat umsetzen.

Allerdings wird der demokratische und rechtsstaatliche (Wieder-)Aufbau so lange blockiert bleiben, wie die Hauptkriegsverbrecher nicht aus dem Verkehr gezogen sind.

5. Die **Aufgabe des Auseinanderhaltens der Kriegsparteien:**

Nachdem alle Kriegsparteien den Vertrag von Dayton unterschrieben hatten, bekam IFOR den Auftrag, die Umsetzung des militärischen Teils von Dayton abzusichern. Für dieses nahezu klassische Peacekeeping-Mandat wurde IFOR so "robust" ausgestattet, dass sie ggfs. in der Lage war, Vertragsbrüchige zur Einhaltung der Vereinbarungen zu zwingen. (Ganz im Gegensatz zu UNPROFOR, die angesichts widerstreitender Interessen und unzureichender Ausstattung im noch brennenden Krieg völlig überfordert war, bzw. wurde)

Vor diesem Hintergrund war der NATO-geführte IFOR-Einsatz der vergangenen Monate erfolgreich. Die Vertragsparteien haben sich weitgehend an die Auflagen des Vertrages von Dayton gehalten. Kapitel-VII-Maßnahmen im Sinne von Kampfhandlungen mussten nicht unternommen werden. Zu einer Eskalation (u.a. von mir in der Dezember-Debatte befürchtet) ist es nicht gekommen. Die multinationale Truppe hat mit ihrer Präsenz und ihrem Engagement den psychologischen und militärischen Sicherheitsrahmen geschaffen, dass sich die Menschen in Sarajewo, in ihren jeweiligen Gebieten (zumindest auf den Straßen) wieder gefahrlos bewegen können, dass es wieder Strom, Heizung, immer mehr wiederhergestellte Wohnungen gibt, dass Wahlen stattfinden konnten ...

Unter den o.a. Bedingungen hat auch die Bundeswehr ihren Auftrag im Rahmen des IFOR-Mandats gut erfüllt. Befürchtungen, dass historisch begründete Vorbehalte gegen eine Beteiligung deutscher Soldaten die IFOR-Mission gefährden könnten, haben sich nicht bewahrheitet. Ob es bei einem Kampfeinsatz zu einer Mobilisierung anti-deutscher Ressentiments auf serbischer Seite gekommen wäre, bleibt spekulativ.

Das sind Tatsachen, auch wenn sie uns in unserer grundsätzlich kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüber dem Militär irritieren.

Die Behauptung, die Pionier- und Transportleistungen hätte im wesentlichen auch das Technische Hilfswerk erbringen können, verkennt die Gefährlichkeit des Einsatzgebietes und die Möglichkeiten des THW. Sie ist ein krampfhafter Versuch, dieser Irritation auszuweichen. (Die bei aller Begrenztheit und Kostspieligkeit konstruktiv-deeskalierende Rolle von IFOR scheint auch unter Friedensbewegten kaum noch strittig zu sein)

Zugleich ist unverkennbar, wie der IFOR-NATO-Einsatz für andere politische Interessen instrumentalisiert wurde: zur Überwindung der "Sinnkrise" der NATO nach Zusammenbruch

des Ostblocks und zur Abdrängung der UN. Die Bundesregierung nutzt den Bosnien-Einsatz erfolgreich für ihr Bemühen, mit den "Krisenreaktionskräften" schrittweise ein Interventionspotential für Kampfeinsätze weltweit aufzubauen und dafür unter dem Image des humanitären Einsatzes die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen.

6. Eine **IFOR-Nachfolge** im Sinne einer kleineren, aber weiterhin "robust" ausgerüsteten multinationalen Truppe ist unverzichtbar - nach Auffassung aller Gesprächspartner und auch **aller** Reiseteilnehmer. Sie hätte aber vor allem die Aufgabe einer psychologischen Stabilisierung. Bei Abzug der multinationalen Truppe würden die bewaffneten Auseinandersetzungen wieder losgehen. Dafür sprechen alle Tatsachen: Konfliktherde, Konfliktbereitschaft und Vorherrschaft des Macht-Denkens, riesige Mengen an Kleinwaffen. Eine solche Art von IFOR-Nachfolge geht deutlich über den bisherigen programmatischen Rahmen der Bündnisgrünen hinaus.

Das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der UN ist am Boden. Das frühere Versagen der "internationalen Gemeinschaft" wird - so verkürzt das auch ist - ihr zugeschoben. Außerdem verfügt die UN nicht über die notwendige Kommandostruktur. Im Moment würde von einer autoritätslosen UN-Truppe, die gegen den Willen vor allem der Bosniaken zum Einsatz käme, keine abhaltende, sondern höchstwahrscheinlich eine destabilisierende Wirkung ausgehen. (Zu einem Peacekeeping-Einsatz gehört sowieso unverzichtbar die Zustimmung aller Konfliktparteien).

Die derzeitige Schwäche der UN ist nicht innerhalb eines Monats rückgängig zu machen. Allerdings wäre es äußerst schädlich für eine wirkliche Friedenspolitik, sich mit dieser Beschädigung der UN abzufinden. Sie, bzw. ihre Regionalorganisationen, müssen unbedingt gestärkt werden, so dass sie möglichst bald zu effektiven friedenssichernden Einsätzen in der Lage ist. Hier haben wir einen Vorschlag noch zu entwickeln.

Zur nochmaligen Erinnerung und Bekräftigung: Die militärische Absicherung wird aber zu einer Zementierung der ethnischen Teilung und zu einem Fass ohne Boden, wenn nicht schleunigst der Rückstand bei der zivilen Implementierung aufgeholt wird!

7. Unsere Haltung gegenüber dem **Antrag der Bundesregierung zu Post-IFOR** im Dezember kann keine Ein-Punkt-Entscheidung sein. Sie muss die gesamte Politik der Bundesregierung gegenüber Ex-Jugoslawien einbeziehen und die politischen Folgen für die von uns gewollte Zivilisierung der Außenpolitik einkalkulieren. Realitätstüchtige Vorschläge für die Stabilisierung des Friedensprozesses in Ex-Jugoslawien sind zu verbinden mit unseren Perspektiven einer wirklich friedenssichernden Außenpolitik.

Nach der Extremsituation und -auseinandersetzung vor einem Jahr, nach zehn Monaten Erfahrungen mit Dayton sollten wir jetzt besser in der Lage sein, eine möglichst einhellige Position zu erarbeiten.